

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezieser keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaßen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlitzschena, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. Dycker's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 45

Freitag, den 22. Februar 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Aufstellung der Pflichtfeuerwehr der Stadt Pulsnitz in der Schulturnhalle

Sämtliche der städtischen Pflichtfeuerwehr zugehörigen Personen, das sind hiesige Einwohner, welche das 20. Lebensjahr vollendet und das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, werden hiermit aufgefordert, sich

Montag, den 25. Februar 1929, abends 7 Uhr

in der Schulturnhalle pünktlich einzufinden. Verlesebücher und Führerlaternen sind mitzubringen.

Armbinden sind anzulegen. Diese Aufstellung hat den Zweck, die Organisation der Pflichtfeuerwehr nachzuprüfen und die Führer und Mannschaften zu belehren.

Unentschuldigtes oder sonst nicht genügend begründetes Ausbleiben wird bestraft.

Als Entschuldigung gilt nur der rechtzeitige schriftliche Nachweis von Krankheit oder Ortsabwesenheit. Entschuldigungen werden nur bis zum 27. 2. mittags im Rathause — Zimmer 2 — angenommen.

Pulsnitz, am 21. Februar 1929

Rat der Stadt.

Das Wichtigste

Vom amerikanischen Wetterbüro sind an alle im Atlantik befindlichen Schiffe Warnungen vor einem bevorstehenden Sturm ergangen.

Das gestern in ganz Großbritannien einsetzende Tauwetter verursachte eine Fülle von Unglücksfällen, Rohrbrüchen, Ueberschwemmungen usw. Die Influenza-Epidemie hat zwar nachgelassen, ist aber noch keineswegs ganz beseitigt. In London ist die Zahl der an Influenza sterbenden Personen noch immer verhältnismäßig hoch.

Die Ueberschwemmungen in Thrazien nehmen nach Berichten aus Athen immer mehr zu. Gegenwärtig stehen viele Kilometer lange Gebiete unter Wasser. Die türkischen und die griechischen Behörden arbeiten zusammen, um den betroffenen Gebieten wenigstens eine Nothilfe zuteil werden zu lassen.

Der neue Direktor der Argentinischen Staatsbahnen hat dem Verkehrsminister Mitteilung gemacht, daß sein Vorgänger im Amt sich bedeutende Veruntreuungen, die 300 Millionen übersteigen dürften, habe zuschreiben können lassen. Eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt.

Der amerikanische Kreuzer „Trenton“ erhielt in Manila den Befehl, sich wegen der in Schantung ausgebrochenen Unruhen dorthin zu begeben. Der Kreuzer ist nach Schantung ausgelaufen.

Der Dampfer „Bingfu“, der auf dem oberen Jangtse auf Grund gelaufen ist, ist nach Meldungen aus Singkong von Banditen ausgeraubt und verbrannt worden. Das Schiff ist nur noch ein Wrack und wird nach dem Eintreffen der notwendigen Sprengstoffe vollständig zerstört werden.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Volkshochschule.) Vor 400 Jahren sah die deutsche Gelehrtenwelt lang einem geistigen Zweikampf zu. Der größte Gelehrte seiner Zeit, Erasmus von Rotterdam, hatte den Volksmann Luther in einem einzigen Punkte seiner Lehre angegriffen. Es betraf die Frage: „Ist der menschliche Wille frei oder nicht?“ Siegte Erasmus, so wäre es um Luther schlecht bestellt gewesen. Zwar siegte Luther, aber immer von neuem bewegt diese Frage des Menschen Herz. Und eine der jüngsten Wissenschaften, die Psychologie (Seelenlehre), zeigt uns wie das Wollen und Handeln des Menschen durch Anlage und Umwelt bestimmt wird. Wenn dem aber so wäre, dann würde doch unserer ganzen Rechtsauffassung und unserer Moral der Boden entzogen. Unser Gewissen empört sich gegen eine Untergrabung des Verantwortlichkeitsbewußtseins. Um eine klare Antwort zu erhalten, bedarf es tiefschürfender Ueberlegung. Dabei will uns am 25. Februar, 4., 11. und 18. März Dr. Mochtrauer, Dresden, Führer sein. Jedermann ist hierzu herzlich willkommen!

(Zur Abgabe der Steuererklärungen.) Die Frist für die Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer läuft Ende Februar ab. Die meisten Steuerpflichtigen, die zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet sind, werden bereits Vordruck vom Finanzamt erhalten haben. Wer nur einen Vordruck bekommen hat, kann einen zweiten Vordruck unentgeltlich beanspruchen. Die Frist wird für viele Steuerpflichtige nicht ausreichen. Das Finanzamt ist befugt, die Frist auf Antrag im einzelnen Falle zu verlängern. Den Steuerpflichtigen im umfangreicher Buchführung kann gestattet werden, die Steuererklärung stets erst bis zum Ende des dritten Monats nach Ende des Steuerabschnitts, d. h. regelmäßig bis zum 31. März, abzugeben. Erwerbsgesellschaften haben einen Anspruch auf Fristverlängerung, wenn das Jahresergebnis von der Generalversammlung bis Ende Februar noch nicht genehmigt ist. In diesem Falle kann die Erklärungsfrist bis Ende Juni verlängert werden. In einem Runderlaß vom 8. Februar 1927, der jetzt noch gilt, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß Anträge auf Fristverlängerung entgegenkommend zu behandeln sind. Unnötige Härten und umfangreicher Schriftwechsel sollen vermieden werden.

Die Volkspartei bleibt bei ihrer Forderung

Die große Koalition in Preußen gescheitert

Berlin. Am Donnerstag nachmittag fand im preussischen Staatsministerium eine Besprechung statt zwischen den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und dem Ministerpräsidenten Dr. Braun. Dem Ministerpräsidenten wurde mitgeteilt, daß die Landtagsfraktion in ihrer Sitzung am Donnerstag vormittag sich dahin ausgesprochen habe, daß sie an ihrer Forderung auf zwei Fachminister der Volkspartei in Preußen festhalte. Der Ministerpräsident sprach sein Bedauern aus, daß sich der Vorschlag, einen volksparteilichen Fachminister zum preussischen Staatsminister ohne Portefeuille zu machen, nicht habe verwirklichen lassen. Abgeordneter Stendbel (D. Vp.) regte an, daß der Ministerpräsident den Versuch machen möge, daß das Zentrum sich mit zwei Ressortministern und einem Reichsminister ohne Portefeuille einverstanden erkläre. Der Ministerpräsident sagte zu, den Vorschlag an die preussische Zentrumsfraktion weiterzuleiten.

Sparvorschläge der Deutschen Volkspartei.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion hat einen Beschluß zur Frage der Gestaltung des Haushalts gefaßt, dem wir folgendes entnehmen:

1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden.
 2. Dazu ist der Haushalt um rund 380 Millionen zu entlasten.
 - a) Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstriche im ordentlichen Haushalt 1929 zu ersparen;
 - b) angesichts der Finanznot des Reiches und der Ueberlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparsamkeit unabwendbar. Die Volkspartei fordert, daß die Beträge aus den Ueberweisungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden;
 - c) es wird außerdem nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus die steuerliche Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft verlangt.
- Der Beschluß wurde dem Reichstanzler übermittelt.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zum Vortrag.

Sozialdemokratische Reichsminister gegen ihre Fraktion.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages erklärte der Sprecher der Sozialdemokratie, Abgeordneter Aufhäuser, er müsse Vertagung des Ausschusses auf unbestimmte Zeit beantragen, da die internen Verhandlungen seiner Fraktion über den eigenen Antrag zur Invaliden- und Angestelltenversicherung noch nicht abgeschlossen seien. Scheinbar steht diese Verschiebung der Beratung damit im Zusammenhang, daß eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden hat, die sich mit den Anträgen der Sozialdemokratie beschäftigte. — In dieser Sitzung haben sämtliche Kabinettsmitglieder, einschließlic der vier Sozialdemokraten, erklärt, daß der Antrag im ganzen und in all seinen Teilen vollständig unannehmbar sei. Die Vertagung wurde vom Ausschuß beschlossen.

Amtliches Einschreiten gegen den Stahlhelm?

Von demokratischer Seite wird in Anschluß an die letzte Rede des preussischen Ministerpräsidenten, der die Absicht der preussischen Regierung ankündigte, den Beamten die aktive Tätigkeit im Stahlhelm zu verbieten, behauptet, daß auch im Reichskabinet ähnliche Absichten vorhanden seien. Eine „hohe und autoritative Stelle“ habe mit dem Stahlhelm Fühlung genommen, um Auskunft über die sogenannte „Säbelschwärze des Stahlhelm“ zu erhalten. Von dieser Aus-

kunft soll ein Einschreiten von den Behörden gegen den Stahlhelm abhängen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man jedoch nicht das in der Weimarer Verfassung gewährleistete Recht der Koalitionsfreiheit und der freien politischen Meinungsäußerung auch für die Beamten nicht aufheben können.

Die Notwendigkeit der Reichsbauernfront.

Schiele spricht vor der kurhessischen Landwirtschaft.

Kassel. Reichsernährungsminister a. D. Schiele sprach Donnerstag in Kassel anlässlich des 10. Kurhessischen Landbundesfestes vor rund 5000 kurhessischen Landwirten, Landfrauen und Landwirtschaftlern über die Notwendigkeit, eine Reichsbauernfront zu schaffen. Um im heutigen Staate erfolgreiche Politik zu leisten, müsse man im Reichstag über 250 Stimmen verfügen. So viel Sitze vermöge aber das Landvolk selbst dann nicht aufzubringen, wenn die gesamten Landwirte mit ihren Frauen und Töchtern eine einzige geschlossene Bauernpartei eintreten würden. Daher sei es notwendig, daß die Landwirtschaft Vertreter in alle politischen Parteien, die für die Erhaltung der Landwirtschaft zu kämpfen gewillt seien, entsende, um so den Einfluß zu gewinnen, der jetzt der Landwirtschaft in den Parlamenten vollkommen fehle. Um dies zu erreichen, sei die Reichsbauernfront geschaffen worden, und er bitte um die tatkräftige Unterstützung der vorzüglich organisierten und disziplinierten kurhessischen Landwirtschaft und namentlich des kurhessischen Bauernbundes.

Deutscher Schritt in Warschau?

Der deutsche Gesandte Kaufher bei Pilsudski.

Kattowitz. Wie die „Kattowitzer Zeitung“ aus Warschau berichtet, ist der deutsche Gesandte Ulrich Kaufher von Marshall Pilsudski persönlich empfangen worden und hatte mit ihm eine fast zweistündige Unterredung, bei der auch über die Verhaftung des Abgeordneten Wlitz gesprochen worden sein soll, was allerdings von der polnischen Regierungspresse bestritten wird. Die „Kattowitzer Zeitung“ glaubt, daß die Aussprache für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen von grundlegender Bedeutung gewesen sei, da Kaufher von Pilsudski selbst und nicht nur vom Außenminister empfangen wurde.

Welfenschag wird in Amerika angeboten.

New York. Der Wiener Kunsthändler Max Glückselig weist nach einer Meldung der „New York Times“ zur Zeit in New York, um den Welfenschag für zehn Millionen Dollar anzubieten. Glückselig habe erklärt, daß Kaufangebote für Einzelstücke bereits vorlägen, aber nicht für den Gesamtchag.

Gerüchte über einen beabsichtigten Verkauf des Welfenschages sind schon vor einiger Zeit aufgetaucht. In eingeweihten Wiener Kreisen ist auch schon seit längerer Zeit bekannt, daß Glückselig sich mit der Absicht trug, den Verkauf des Welfenschages zu vermitteln. Eine Erklärung des Welfenschag-Hauses zu der Meldung muß abgewartet werden.

Kampf um den Transferschug!

Paris. Ein französischer Delegierter teilt mit: Der Fünferausschuß der Sachverständigenkonferenz sei in seiner Vormittagsitzung vom Donnerstag zu dem Schluß gekommen, daß die größte Wichtigkeit im gegenwärtigen Verhandlungsstadium dem Transferproblem beizumessen sei. Deutschland habe, so sei in der Sitzung ausgeführt worden, durch seine Delegierten beständig auf die Bedeutung dieses Problems hingewiesen und den Standpunkt vertreten, daß es nicht möglich sei, irgendwelche größeren Summen ohne Gefährdung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung ins Ausland zu transferieren.